

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

DREI SCHRITTE IN DEN ABGRUND

Wie ideologiebasierte Politik funktioniert, indem sie die Bürger glauben lässt, sie meine es nur gut mit ihnen.

[Matthias Müller]

Am Anfang steht die Ideologie. Wer verstehen möchte, was Ideologien so mächtig und attraktiv macht, sollte sich den Parteitag der Grünen vom Ende letzten Jahres noch mal ansehen. Mit Ideologie lässt sich jeder inhaltliche Widerspruch auflösen. Niemals würden ihre Anhänger sie für widerlegt ansehen, nur weil die reale Welt plötzlich Zielkonflikte deutlich macht. Für Ideologen sind immer alle Elemente ihres Weltbilds miteinander vereinbar. Friedenspartei und Kriegshet-

ze. Flugreisen von Klimaklebern. Wertebasierte Außenpolitik und der Kniefall vor Qatar und Aserbaidschan. Wachstums- und Kapitalismusgegnerschaft und die staatliche Alimentierung von Energie-, Pharma- und Finanzkonzernen. Steigende Energiepreise und die weitere Verknappung des Angebots. Umweltschutz und Aufhebung von Umweltverträglichkeitsprüfungen für Windkraftwerke. Strom sparen wollen und E-Mobilität fordern. Klimaschutz und Atomausstieg. Die

Liste ist lang und die Beispiele der Dialektik der Ideologie wird gerade um die vehemente Forderung der Partei, zu deren Gründungsmythos der Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa gehörte, nach weiteren Panzerlieferungen in die Ukraine ergänzt. Ja, es ist müßig, Widersprüche und Doppel-moral ideologiebasierter Politik deutlich zu machen. Ideologen sind dagegen imprägniert.

Die Grünen gewannen bei der letzten Bundestagswahl knapp 15 Prozent der Wählerstimmen. Aber die grüne Ideologie beherrscht Klassenzimmer und Redaktionen der sogenannten Leitmedien seit Jahrzehnten. Sie steckt ab, was gut und was böse ist. Sie erzeugt den Korridor, auf dem sich Ideologen aus Überzeugung, Opportunisten zum eigenen Vorteil und Uninteressierte aufgrund Fremdsteuerung automatisch bewegen. Allerdings, zwar ist das Grünen-Bashing recht

und billig, aber eben vor allem billig. Jede der etablierten Parteien bietet mittlerweile dieselbe Politik, weil ihre Mitglieder die Macht des Korridors erkannt haben. Entweder stellten sie resignierend fest, dass man sich nur innerhalb des Korridors bewegen kann und hielten sich deshalb daran, oder sie bemerkten, wie wahrscheinlich Angela Merkel, was für ein wirksames politisches Werkzeug ihnen dort präsentiert wurde. If you can't change it – use it.

Der Aufruf, der nach jeder Wahl in den letzten Jahren ertönt, nun müssten die demokratischen Kräfte gegen die satanische AfD zusammenstehen, verdeutlicht dies. Der von der Ideologie abgesteckte Korridor wird streng eingehalten. Wer das versteht und für sich nutzt, hat ein sehr effizientes Machtinstrument in der Hand. So wie in der DDR die Vergabe von Wohnungen ein Mittel zum Machterhalt der Herrschenden war und nicht ein Mittel, um Wohnraum gerecht zu verteilen, so ist auch der so genannte „Klimaschutz“ ein Mittel zum Zweck für die Opportunisten und Karrieristen, um die Ideologisierten und Uninteressierten zu führen.

Der Korridor der Ideologie erweist sich als äußerst fruchtbar. In den Krisen der letzten fast 20 Jahre konnte auf ihm immer erprobt werden, wie Widersprüche aufzulösen sind. Wenn es eine Ideologie schafft, dass Menschen mehr als 300 Jahre nach Beginn der Aufklärung im vollen Ernst das Wort „Leugner“ aussprechen, was kann man noch alles erreichen, wenn man Gut und Böse, richtig und falsch, kurz „die Wahrheit“ verkündet? In der Eurokrise, die, ganz unromantisch, eine Banken-, Staatsschulden- und Zahlungsbilanzkrise war (und noch immer ist!), lieferte die grüne Verklärung des demokratisch nur schwach legitimierten Brüsseler Verwaltungsapparates und das Gleich-

setzen der EU mit Europa die beste ideologische Antwort. „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“, machte Angela Merkel daraus. In der Migrationskrise ächtete die Willkommenskultur alle Widersprüche, indem sie sich auf einen kulturromantischen Universalismus stützte, den sie hinter schmalzigem Multi-Kulti-Kitsch versteckte. Der mit Blick auf die deutsche Katastrophe zu erklärende Selbsthass des Landes wirkte wie ein Dünger im Korridor dieser beiden politischen Erzählungen. Bei der Corona-Krise wurde der anti-wissenschaftliche Slogan von Fridays for Future „Follow the Science“ übernommen, der Widerspruch genauso wenig duldet wie jetzt Äußerungen von „Putin-Trollen“ in Zeiten des knappen Energieangebots.

Immerwährendes „weiter so“ in Medien und Wahlkabinen

Das bedeutet nicht, dass wir es hier mit einem Kartell in Politik, Medien, Wirtschaft und Bildung zu tun haben. Kartellabsprachen sind höchst instabil, weil sie immer den Anreiz zum einseitigen Abweichen Einzelner in sich bergen. Vielmehr ist die aktuelle Situation das Ergebnis vieler unabhängiger individueller Entscheidungen. Wer Karriere machen will, beugt sich dem, was als heilig deklariert wurde, weil ein Abweichen einen automatisch ins „rechte“ Abseits befördert. Nur so kann Ideologie als Machtinstrument wirken. Und genau deshalb prallen die seit Jahren geäußerten sachlichen Argumente stets ab, ohne Spuren zu hinterlassen. Denn es geht nicht um Argumente. Das haben all die, die nach ernüchternden Wahlergebnissen stets zum Gründen einer neuen liberalen oder konservativen Partei aufrufen, immer noch nicht verstanden.

Laut Umfragen ist die Mehrheit der Deutschen für CO₂-freie Kernkraftwerke, für eine konsequente Abschiebung abgelehnter, vor allem straffälliger Asylbewerber, will die

Aufnahme von diplomatischen Verhandlungen zur Beendigung des Krieges und sieht die Meinungsfreiheit im Land in höchster Gefahr. Dennoch sieht sich keine einzige der Altparteien durch diese grunddemokratischen Eckdaten motiviert, den Pfad seiner Ideologie zu verlassen – oder wenigstens Zugeständnisse an den Mehrheitswillen der Bevölkerung zu machen. Keine Chance. Demokratie ist, wenn man's trotzdem macht!

Die Brexit Party von Nigel Farage erreichte bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 aus dem Stand 30,5 Prozent der Stimmen. Melonis Fratelli d'Italia verzeichnete im Vergleich zu 2018 einen Zuwachs von mehr als 20 Prozentpunkten. Einen Trump, den etablierte Republikaner verabscheuten, hätte es im Parteienlistensystem Deutschlands nie gegeben. Das Belatschen eines immerwährenden „weiter so“ in Medien und Wahlkabinen, trotz eklatanter wirtschaftlicher Schiefelage, ist eine deutsche Besonderheit und weltweit ohne Beispiel.

DER KRANKE MANN EUROPAS IST WIEDER DA

Der deutsche Wähler ist irrational, aber gemütlich. Dass die Politik gegen seine Interessen handelt, ist für ihn – im Gegensatz zu den erwähnten Italienern, Amerikanern und Briten – nicht wichtig, denn er spürt es noch nicht und hat Vertrauen. In den Staat. In die Obrigkeit. Klischees sind nicht umsonst Klischees. Biedermann hilft den Brandstiftern, die Benzin kanister auf seinen Dachboden zu schleppen. Max Frisch, Heinrich Mann, Wladimir Iljitsch Lenin, Heinrich Heine, Max Weber und so viele andere haben diesen Zug des deutschen Nationalcharakters beschrieben. In Deutschland verlässt man den Korridor nicht. Man tritt nicht aus dem Glied, sondern knallt die Hacken zusammen, Punkt. Die Überzeugten huldigen dem Kult, die

Opportunisten nutzen ihn und die Desinteressierten vertrauen darauf, dass alles schon irgendwie gut bleibt. Nur langsam wird deutlich, dass der Korridor eigentlich nur ein schmales Brett ist, das über eine immer tiefer werdende Schlucht führt.

Die OECD und der IWF sind sich einig. Die wirtschaftliche Prognose für 2023 Jahr malen sie vor allem für Europa in dunklen Farben. In einem Interview mit der FAZ erklärte Pierre-Olivier Gourinchas, Chefökonom des IWF, für die USA bestünde noch die Möglichkeit, dass sie die Inflation ohne Rezession in den Griff bekommen könnten. Für die EU hält er dieses Szenario hingegen für sehr unwahrscheinlich. Die dunkelsten Farben sind jedoch für das Bild Deutschlands angemischt. Mit Blick auf die vermeintliche Wirtschaftsmacht Deutschland sagt Gourinchas, wie vorher bereits die OECD, eine Schrumpfung des Bruttoinlandsproduktes voraus. Dies prognostiziert er sonst nur noch für Italien und Russland. Der kranke Mann Europas ist wieder da. Das einzige, was erstaunt, ist die lange Inkubationszeit.

SCHRITT 2: DAS VERSPRECHEN

Die von der Ideologie gerechtfertigten und getragenen politischen Leuchtturmprojekte der letzten Jahre, wie: „Energiewende“; „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa!“; „Kein Mensch ist illegal!“; „Zusammen gegen Corona!“ und „Jeder Beitrag zählt. Damit wir gut durch den Winter kommen.“ – haben, locker gerechnet, bisher ein paar Tausend Milliarden Euro gekostet. Allein die Energiewende und die Kosten der Migration von 2015 bis heute schlagen mit fast 1 Billion Euro zu Buche. Hinzu kommt noch das Risiko eines Zusammenbruchs des Euros, bei dem nicht nur die 1,3 Billionen Target-Salden verloren wären. Unberücksichtigt bleiben dabei die Opportunitätskosten, also

die Verluste, die aus der ideologischen Widerspruchsimplägnierung resultieren. Höhere Energiekosten, veränderte Kapitalakkumulation, gesunkene Produktionsmöglichkeiten, technologische Pfadabhängigkeit und so weiter. Alles egal.

Die großen politischen Versprechen der letzten Jahre waren teuer. Nur zahlen musste dafür angeblich niemand. Knappheiten wurden durch hemmungsloses Geldddrucken der EZB überdeckt. Mittlerweile kann der Wahnsinnige – egal ob er ein Überzeugter oder ein vertrauensvoll Desinteressierter ist – gar nicht mehr anders, als in dem Korridor der Ideologie, der eigentlich nur ein schmales Brett über einem Abgrund ist, zu leben. Alles andere macht viel zu viel Angst. Die Schlucht, die sich unter ihm auftut, ist zu tief. Wenn man dann auch noch betrunken in einem Einkaufswagen sitzt, der volle Fahrt aufgenommen hat und bei einem Steinchen im Weg vom Brett direkt in den Abgrund fallen könnte, dann kann man nur noch die Augen schließen. Strom kommt aus der Steckdose und Gas aus den Gaskraftwerken. Die Inflation ist von 10 auf 9 Prozent gesunken und die Mieten sind so teuer, weil die Vermieter so böse sind. Überhaupt ist genug Energie da, die Unternehmen geben sie nur nicht her. Der Sozialstaat kümmert sich um die Rente, um die Krankheit, um die Pflege. Und wir sind sowieso nur in der jetzigen Situation, weil nicht genug Windräder und Photovoltaikanlagen gebaut wurden, aber auch darum kümmert man sich. Das Netz ist der Speicher. Physik ist rechtsextrem, deswegen darf man ihr keine Bühne geben. Basta.

Nach all den Jahren liegen aber einige Steinchen auf dem Brett über dem Abgrund, und der Einkaufswagen fängt erheblich an zu wackeln. Die Hindernisse wurden über Jahrzehnte aufgebaut und nie weggeräumt, während das Brett im-

mer schmaler, der Abgrund immer tiefer, der Einkaufswagen immer schneller und die Insassen immer betrunken wurden. Wie tief fällt der Wahnsinnige, wenn er plötzlich nicht mehr vertraut? Wie arm ist Deutschland mittlerweile? Machen wir nur mal eine ganz grobe Überschlagsrechnung der Kosten der vergangenen und laufenden Krisen. (Anmerkung: Die Zahlen sind nur eine grobe Schätzung, können aber den Umfang des staatlichen Versprechens greifbarer machen.)

AUS DER KRISE NICHTS GELERNT

Vielleicht erinnern Sie sich noch. In der Finanzkrise schaute man stauend in die USA. Zwei Ausgabenprogramme in Höhe von insgesamt mehr als 900 Milliarden Dollar verabschiedeten die Vereinigten Staaten 2008 und 2009. Verglichen mit den Amerikanern, konnten sich die deutschen Steuerzahler der Illusion hingeben, sie seien mit dem Hilfspaket von 62 Milliarden Euro wesentlich günstiger davon gekommen. Dabei übertrafen die Kosten der acht Jahre zuvor beschlossenen Energiewende – der Triumph der grünen Ideologie – auf die Einwohner gerechnet, die Belastung für die expansive Fiskalpolitik der USA in der Great Recession um mehr als das Doppelte. Eine ältere Studie schätzte die Kosten allein für Subventionen und Netzausbau für Erneuerbare Energien auf 520 Milliarden bis 2025. Der verächtlich über die Deep-State-Amerikaner lachende deutsche Steuerzahler hat zusätzlich die Kosten der Bankenrettungspolitik – den Verlust aus der Übernahme der Schrottpapiere des Bankensektors der Finanzkrise 2008 – zu tragen. Laut FAZ beläuft sich dieser auf rund 70 Milliarden Euro.

Hinzu kam ein Konjunktüreinbruch, der 2009 preisbereinigt 5,7 Prozent des BIP oder nominal 100 Milliarden Euro entsprach. Das sind nur die offensichtlichen Kosten der Kri-

se. Die weltweite Industrieproduktion stürzte anfänglich stärker ab als während der Großen Depression. Staaten und Zentralbanken pumpeten Liquidität in die Wirtschaft. All das verteilt Wohlstand um, ob man es merkt oder nicht. Nur eine Zahl kann man nicht nennen. Die Kapitalschwäche der Banken, die sich ihre Positionen durch optimistische Risikogewichtung schönrechnen, ist immer noch nicht behoben. Man hat die Krise also noch nicht einmal als Lehrstück genutzt.

Auf die Great Recession, wie die Finanzkrise im Englischen genannt wird, folgte bekanntlich die europäische Staatsschuldenkrise. Ihre Kosten und Umverteilungswirkung zu beziffern, ist ebenfalls kompliziert. Zunächst ging ihr – seit Euroeinführung – eine Zinssubvention der Südländer der Eurozone voraus. Die Finanzmärkte vertrauten auf die Solvenz Deutschlands und misstrauten der Nichtbeistandsklausel. Viele Mitgliedsländer zahlten niedrigere Risikoprämien, als es ihrem eigentlichen Risikoprofil entsprach. Kapital strömte in die Peripherie der Eurozone aufgrund falscher Anreize. Als die Finanzmärkte dann plötzlich andere Zinsaufschläge verlangten, da sie angesichts der Finanzkrise das Risiko maroder südeuropäischer Staaten höher bewerteten als zuvor, mussten Regierungen und die EZB einspringen. Kredite, die die Mitgliedstaaten, Kommission und IWF in der Eurokrise gewährten, beliefen sich auf 500 Milliarden Euro. Zwischen 2010 und 2019 kaufte die EZB Staatspapiere im Umfang von über zwei Billionen Euro. Ziel dieser Maßnahmen war eine Reduktion der Zinslast und damit eine Gewährung der Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung – sowie eine Erhöhung des Wachstums durch öffentliche Investitionen. Die zur Erhaltung des Euros notwendige Niedrigzinspolitik kostete Zinseinkünfte, während die Häuserpreise stiegen. Keiner weiß, welche Zinsen ohne EZB-Interven-

tion fällig geworden wären. Schätzungen geben mehrere hundert Milliarden Verlust für Sparer an. Die Verluste von Hauskäufern in der Krise werden sich erst realisieren, wenn sie Hypothekenkredite neu abschließen oder ihr Haus verkaufen müssen. Klar ist: Es fand eine Umverteilung statt, die vor allem Staaten und Finanzkonzerne begünstigte.

MIGRATION VERURSACHT EXORBITANTE KOSTEN

Apropos Umverteilung. Die Target2-Salden zeigen, dass Deutschland Kapital gegen Kreditgewährung in die Euroländer exportierte. Das funktioniert so: Porsche liefert einen Cayenne an eine Römerin, die den Wagen dringend für die tägliche Fahrt der Kinder zum Kindergarten benötigt. Die Banca d'Italia veranlasst einen Überweisungsauftrag an die Bundesbank, die Porsche das Geld für den SUV auszahlen muss. Statt in Gold oder in anderen Waren wird in Targetforderungen bezahlt. Die Bundesbank gewährt Italien automatisch Kredit und hält am nächsten Tag eine Forderung gegenüber der EZB. Während in einem privaten System solche Transaktionen nur bei entsprechender Zahlungsfähigkeit des Schuldners möglich wären, ist diese Form des Vermögenstransfers – der Porsche geht nach Rom und zurück fließt nur ein Schuldschein – ein Automatismus des Targetsystems. Aktuell hat die Bundesbank Forderungen in Höhe von fast 1,3 Billionen Euro angehäuft. Das entspricht ziemlich genau der Hälfte des gesamten Nettoauslandsvermögens Deutschlands. 50 Prozent des im Ausland investierten Kapitals (in unserem Beispiel der SUV) liegen also in Targetforderungen der Bundesbank. Eine Wette, die nicht jeder freiwillig eingehen würde. Italien schuldet dem Eurosystem über 700 Milliarden Euro. Fraglich, ob ein privates Clearing-System diesen Kredit gewähren würde. Die Zinsentwicklung der italienischen

Staatsanleihen der letzten Zeit lassen das zumindest unwahrscheinlich erscheinen.

Zurück zur Chronologie. Ein paar Jahre später folgte die Migrationskrise. Die direkten Kosten sollten eigentlich problemlos zu erfassen sein. Handelt es sich doch um direkt anfallende Aufwendungen einer abgeschlossenen Periode. Es fielen Kosten für direkte Transfers und Sachleistungen, Gesundheitsversorgung und Unterbringung an. Dass man die Ausgaben für zusätzlich notwendige Infrastruktur – zusätzliche Polizisten, Verwaltung, Richter für Asylklagen, Kindergärten, Schulen usw. – nicht direkt beziffern kann, geschenkt. Aber selbst die unmittelbar personenbezogenen Leistungen wurden bisher nicht dargestellt. Da ist er wieder, der Korridor, das schmale Brett der Ideologie, die Widerspruch nicht dulden kann.

Ein Teil dieser Antwort würde die Bevölkerung verunsichern. Schätzt man äußerst defensiv, dass jeder Asylbewerber und Migrant 2.500 Euro im Monat an Transferleistungen erhält und zieht von der Zahl der gestellten Asylanträge die Ausreisesezahl abgelehnter Asylsuchender laut Ausländerzentralregister ab (und vernachlässigt mal den Unterschied zwischen Strom- und Bestandsgrößen und allerlei andere Dinge), so kostete die Migration von 2014 bis 2021 über 300 Milliarden Euro. Diese grobe Schätzung beachtet nicht die Kosten der vorher bereits seit Jahrzehnten erfolgten unqualifizierten Einwanderung, die der Aufnahme der Ukraine-Flüchtlinge, den Zustrom über die Balkanroute 2022 oder die zukünftigen Kosten der Versorgung der eingewanderten Kohorten im Laufe ihres Lebens. Allein für die Migranten von 2015 gehen die Schätzungen hier fast in die Billionen. Und das nur, wenn es gut läuft. Aber es kommt noch besser, meine Damen und Herren: Nur sieben Jahre später

fahren wir einfach die gesamte Wirtschaft runter.

Willkommen in der Stagflation

Lockdown. Übermütig ob der vermeintlichen Allmacht der EZB während der Finanz- und Eurokrise, zog man unbekümmert den ganz großen Stecker. Anders als 2008 hielten nun nicht Banken, sondern Menschen in Kurzarbeit Geld in der Hand. Wie ein Typ in einem Rap-Video der frühen 2000er verteilte der Staat Transferleistungen als „money-rain“. An der Bar stand Christine Lagarde, Schampus ging aufs Haus. Nicht arbeiten und sich dennoch nicht ärmer fühlen, das heizt die Kauflaune an, die Amazon-Aktie geht durch die Decke. Fatal, wenn die steigende Kaufkraft auf ein knapperes Angebot trifft. Noch fataler, wenn die Knappheit ideologisch und nicht konjunkturell bedingt ist, d.h. also so schnell nicht vorbei sein wird. Willkommen in der Stagflation. Die Corona-Politik schlägt mit 650 Milliarden Euro allein an Neuverschuldung von Bund, Ländern und Kommunen zwischen 2020 und 2022 zu Buche. Weitere 750 Milliarden Verschuldung für weitere expansive Fiskalpolitik in der EU hat man an die Kommission ausgelagert. Hinzu kommt der Verlust der Wirtschaftsleistung, die 2020 um 3,7 Prozent einbrach (68 Milliarden Euro). Der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP stieg 2020 sprunghaft um 1,2 Prozentpunkte an. Die EZB stützte die Milliardenausgaben der Eurostaaten. Seit 2020 kaufte sie so viele zusätzliche Staatspapiere wie insgesamt in den vorangegangenen zehn Jahren. Sie absorbierte nochmals ein Volumen von 2 Billionen Euro.

Insgesamt entspricht die Bilanzsumme der EZB 82 Prozent des BIPs der Eurozone. Zum Vergleich: Die Bilanzsumme der FED beläuft sich auf 37 Prozent des BIP der USA. Die Staatsausgaben werden de facto von der Notenbank finanziert. Und

wie so viele Staatsschuldenblasen vor ihr platzt auch diese durch Inflation. Die EZB erhöht zwar zaghaft die Zinsen, kauft aber weiter Staatspapiere und Anleihen und hat mit dem TPI (Transmission Protection Instrument, das Anleihenkaufprogramm der EZB) ein Zeichen an den Markt gesendet: Preisstabilität ist uns nicht so wichtig wie der Erhalt der gemeinsamen Währung. Sowieso konterkariert die expansive Ausgabenpolitik der Eurostaaten jegliche Bemühung, die Inflation einzudämmen. Anders als zu Zeiten der Finanzkrise fließt das Geld nun direkt in die Taschen der Bürger und wird so eher nachfragewirksam. Zusätzlich wird der Trend der De-Globalisierung, aber auch die demografische Entwicklung in den Schwellenländern, die Inflation weitertreiben und damit die Kaufkraft der Haushalte kontinuierlich senken.

Aber festhalten, weiter geht's im Galopp: Im nächsten Schritt kappen wir von jetzt auf gleich die Verbindung zum wichtigsten Lieferanten von Rohöl, Gas und Steinkohle und werfen damit dem Geschäftsmodell Deutschlands – nämlich Technologie, die nur deswegen vom Rest der Welt bezahlt und daher exportiert werden kann, weil sie mit günstiger Energie produziert wird – einen mächtigen Knüppel zwischen die Beine. Eine zeitweise Verzehnfachung von Strom- und Gaspreisen und ein dauerhaftes Umsteigen auf das wesentlich teurere, mit katastrophalen Umweltfolgen gewonnene und mit CO₂-boostenden Schweröltankern verschifft Flüssiggas ist eine so unfassbare Wertevernichtung, dass wir manchmal ungläubig das Alltagsstreben auf der Straße beobachten. Haltet die Welt an! Eine Industrienation schaltet ab. Der Leistungsbilanzüberschuss des ehemaligen Exportweltmeisters schrumpft. Das Statistische Bundesamt veröffentlichte Anfang Oktober die Entwicklung der deutschen Importpreise im August 2022

im Vergleich zum Vorjahresmonat. Insgesamt war hier ein Anstieg um fast 33 Prozent zu verzeichnen. Energieeinfuhren waren im August 2022 um 162,4 Prozent teurer als im August 2021. Preistreiber waren vor allem elektrischer Strom (+ 465,4 Prozent) und die Einfuhrpreise für Gas (+ 306,3 Prozent).

BLICK IN DEN ABGRUND

Deutschland wird auf absehbare Zeit sehr hart arbeiten müssen, damit es sich seine irrwitzig teuren Energieimporte leisten kann. Denn die Exporte stiegen, trotz eines Schrumpfens des Leistungsbilanzüberschusses. Die tragende Säule, die den Euro zusammenhält, die fiskalische Solvenz Deutschlands, wackelt. Denn, wir erinnern uns – selbst wenn Robert Habeck es nicht wahrhaben will – Geld macht nicht reich, nur die Produktion von Gütern, die Andere haben wollen. Wichtigster Handelspartner Deutschlands waren im August 2022 die USA. Die wichtigsten Exportgüter waren Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile. Sixt kaufte kürzlich 100.000 Elektroautos des chinesischen Herstellers BYD. Das ist keine „Entscheidung gegen unsere Werte“, wie Bild-Chef Johannes Boie ideologiebesoffen kommentierte. Das ist nur ein flüchtiger Blick über den Rand des schmalen Brettes des Korridors hinab in den Abgrund.

Damit die Deutschen ja nicht über den Rand des schmalen Brettes in den Abgrund hinabblicken, schnürte die Bundesregierung bisher drei Entlastungspakete: Neun-Euro-Ticket, Einmalzahlungen für Transferempfänger, Einmalzahlung für Kinder, Einmalzahlung für Arbeitnehmer für Inflation und Energie, Tankrabatt, Förderung von Photovoltaikanlagen, Steuerentlastungen. Macht 95 Milliarden Euro. Hinzu kommt der „wirtschaftliche Abwehrschirm“, der den Einkommensverlust durch die Gaspreisentwicklung verschleiern soll. 200 Milliarden. Demgegenüber sind die

Verluste, die deutschen Unternehmen aus den Handelssanktionen gegen Russland erwachsen, nahezu unerheblich. Das ifo-Institut schätzte sie in einer Studie von Oktober 2020 auf bis dahin 30 Milliarden Euro. Die 100 Milliarden „Sondervermögen“ für die Bundeswehr könnte man als ein Nachholen unterlassener notwendiger Investitionen verbuchen. Oder auch nicht. Es kommt darauf an, wie die Milliarden letztendlich eingesetzt werden.

Fiskal- und Geldpolitik gehen seit Jahren Hand in Hand. Die Zentralbanken halten die Zinsen und damit die Finanzierungskosten der Staaten niedrig, die Staaten geben das Geld aus. Seit dem Platzen der Dotcom-Blase im Jahr 2000 läuft dieser Deal des billigen Geldes nun schon. Und jahrelang schlug sich die ständig steigende Liquidität nicht in relevanten Inflationsraten nieder. Gut, die Häuserpreise in Ballungsgebieten sorgten manchmal für Stirnrünzeln. Dennoch, ähnlich wie ein Betrunkener, der in einem Einkaufswagen einen Berg runter rollt und sich anfangs denkt, „Joah, des klappt ja super, is ja voll sicher!“ scheinen die Beteiligten zu denken: „Diesmal ist alles anders. Wir haben den Stein der Weisen gefunden. Das ist das Perpetuum mobile. Es gibt doch was umsonst!“

DER FEHLER DES TRUTHAHNS VOR THANKSGIVING

Die Zentralbanker haben den Fehler des Truthahns vor Thanksgiving begangen. Ihre Modelle zur Inflationsberechnung orientierten sich an einer in der Vergangenheit als konstant gemessenen Inflationsrate. Egal was in den letzten Jahrzehnten passiert war, egal welche Variable sich geändert hatte, die Inflationsrate war ruhig geblieben. Daraus wurde statistisch abgeleitet, dass eigentlich nichts einen Einfluss auf die Inflationsrate hat, ganz egal was man geldpolitisch anstellt. Der

Truthahn hat beobachtet, dass der Bauer immer, wenn er zu ihm kam, Futter für ihn dabei hatte. Daher hat er gelernt, sich immer schön aufzuplustern, damit er recht viel vom Futter abbekäme. Dass der Landwirt am Tag vor Thanksgiving statt Futter ein Beil dabei haben würde, war in seinem Modell nicht vorgesehen...

Die Energiewende, die Finanzkrise, die Eurorettung, die Migrationskrise, die Corona-Krise und nun die Energiekrise. Der Staat sprang ein, überdeckte Verluste mit Fiskalpolitik und versprach, er werde immer für alle da sein. Das zu finanzieren ist nur möglich, wenn die Kosten für staatliche Subventionen und Investitionen durch ein starkes Wirtschaftswachstum und niedrige Zinsen zukünftig getragen werden können. Und das wiederum ist nur möglich, wenn die Investitionen auch sinnvoll und produktiv sind. Tatsächlich gibt es jedoch keine wirklichen Investitionen, es gibt nur Löcherstopferei.

SCHRITT 3: RAUBEN UND PLÜNDERN

Der Einkaufswagen, in dem der Betrunkene irre lächelnd den Berg hinuntersaust, befindet sich schon seit einiger Zeit auf einer holpriger werdenden Strecke. Der Ideologe und der Desinteressierte auf dem schmalen Brett über dem Abgrund haben allerdings einen Punkt auf ihrer Seite.

Energiewende, Finanzkrise, europäische Staatsschuldenkrise, Migrationskrise, Corona-Krise, Energiekrise. So viele Krisen. Aber gespürt haben sie eigentlich nichts – allen Unkenrufen zum Trotz. Stets sprang der Staat ein und übertünchte Verluste mit neu gedrucktem Geld und neuen Versprechen. Es rächt sich nun, dass die Hindernisse in den letzten Jahrzehnten nie weggefeht, sondern stets nur fiskalisch und monetär abgedeckt wurden. Anfänglich fielen nur die Kiesel auf der Fahrbahn auf. Die inflations-senkenden Umstände schwächten

sich ab. Das Angebot an günstigen Arbeitskräften aus der Integration Chinas und Osteuropas in den Weltmarkt drehte sich. Die soziokulturelle Entwicklung erhöhte auch dort die Preise, man hat auch in China konsumieren gelernt.

Zusätzlich arbeitete die deutsche Wirtschaft, durch gebrochene Lieferketten vom Nachschub abgeschnitten und durch die Verzerrung der Geldpolitik künstlich gedopt, immer näher an der Kapazitätsgrenze. Der Raum, schnell die Produktion auszuweiten, wurde immer kleiner. Gleichzeitig war eine Erhöhung der Preise politisch gewollt, und das, obwohl die staatliche Verschuldung fundamental von günstigen Kapitalkosten abhängig war. Da ist zunächst die willkürliche Bepreisung von CO2. Muss man nun für etwas, das man sonst kostenlos ausstoßen konnte, bezahlen, wird es teurer. Tatsächlich kennt niemand den richtigen Preis für CO2. Er ist keine gottgegebene unumstößliche Konstante, sondern das Produkt politischer Verhandlungen und dieser Preis kann den Ideologen gar nicht hoch genug sein. Immerhin will man über die Bepreisung von CO2 ja den „Ausstoß verringern“, was jedoch nicht statt findet. Stattdessen ist ein blühender Emissionshandel entstanden, dessen einziger Zweck das Abgreifen von Wertschöpfung und damit Kaufkraft ist.

Aller Evidenz zum Trotz waren die Diskussionen der meinungskonformen Wirtschaftswissenschaftler in den letzten Jahren von einem großen Vertrauen in staatliche Investitionen und ihre Effizienz geprägt. Sicherlich lässt sich auch dies u.a. polit-ökonomisch erklären, liefert diese Sichtweise der Dinge doch eine gern genommene Legitimationsgrundlage für einen immer stärker eingreifenden Staat. Und welcher Politiker möchte nicht gern sein Ressort und damit seine Macht ausweiten? 2013 brachte

der amerikanische Ökonom Larry Summers den Begriff „Secular Stagnation“ in die Debatte ein, mit dem er das makroökonomische Umfeld niedriger Zinsen und niedriger Inflation beschrieb. Grund für das niedrige Wachstum sei eine zu niedrige Nachfrage, die der Staat ausgleichen müsse. Die erwünschte Ersparnis übersteige die erwünschten Investitionen. Ganz keynesianisch argumentierte er für eine entschiedene Fiskalpolitik und sah Geldpolitik als nutzlos an, um dem Problem zu begegnen. Mittlerweile spricht er von einer Secular Stagflation, die niedriges Wachstum und hohe Inflation beschreibt. Nun ist eine Überhitzung der Wirtschaft schuld, die, angetrieben durch staatliche Nachfragepolitik, auf Anschlag produziert. Lieferkettenprobleme und Angebotsknappheiten lassen dann die Preise in die Höhe schnellen.

Der Staat ist bankrott. Und die Bürger sind Teil der Konkursmasse.

Wie man es jedoch dreht und wendet, höhere Staatsausgaben heute müssen durch niedrigere Ausgaben, höhere Steuern oder höheres Wachstum in der Zukunft ausgeglichen werden. Wann genau der Ausgleich erfolgen muss, kann niemand genau sagen, denn die internationale Geldpolitik ist ein Vertrauensspiel. Etwa dann, wenn sonst am nächsten Tag keiner mehr an die Solvenz des Staates glaubt, wäre ungefähr der spätestmögliche Zeitpunkt. Laut Statistischem Bundesamt sind 45,4 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig. Auf Basis des Sozioökonomischen Panels schätzte das IW Köln 2020, dass 47 Prozent davon – also 21,3 Millionen – Nettosteuerzahler sind. Sie führen mehr direkt an den Staat ab, als sie an direkten Transfers empfangen. Tatsächlich müsste man von diesen noch jene abziehen, die ihr Einkommen vom Staat erhalten, also Beamte, NGOs und andere Gruppen, die sich z.B.

durch Rent-Seeking einen Teil der Wertschöpfung nehmen können, ohne selbst dazu beizutragen. Angenommen, an dem Verhältnis von Nettosteuerzahlern zu Erwerbstätigen würde sich nichts ändern, dann wären 2040, aufgrund der demographischen Entwicklung, noch 15 Millionen Nettosteuerzahler zugegen. Während die Kosten immer weiter steigen, fehlen die, die es bezahlen.

Der Staat muss sich das Geld holen, wo er nur kann. Auf eine Wachstumsentwicklung kann er nicht setzen, und so weitet er die Steuerbasis aus. Seit dem 1. Januar müssen Ebay und andere Verkaufsplattformen private Accounts, die mehr als 2.000 Euro oder mehr als 30 Artikel jährlich veräußern, automatisch an das Finanzamt melden. Allein die Möglichkeit einer solchen abstrusen Doppelbesteuerung schafft einen Bereich der Unsicherheit, in dem man nicht mehr genau weiß, wo und wann der Staat zugreift. Freiheitsrechte als Abwehrrechte gegen den Staat sind eh sowas von out. Big Brother is watching you. Und das muss er auch, denn er ist bankrott. Und Sie, lieber Bürger, sind Teil der Konkursmasse.

Doch nicht nur die Meldevorgaben für Onlinehandelsplattformen weisen die Richtung, in die es geht. Die Modern Monetary Theory, die nur die nachfrageseitige Inflation kennt, ist in der aktuellen Situation nur vermeintlich überholt. Die Lieblings-„Theorie“ der medialen und politischen ökonomischen Diskussion der letzten Jahre geht davon aus, Inflation durch die Erhöhung von Steuern, also durch die Reduktion des verfügbaren Einkommens, im Griff haben zu können. Ein Staat, der weiß, was Sie bei Ebay verkaufen, oder Ihnen vorschreiben kann, mit wem Sie Weihnachten feiern oder wo und wann Sie draußen auf einer Parkbank sitzen oder spazieren gehen wollen, kann auch mal Ihr Konto einfrieren. Dann dürfen

Sie eben nur noch über 200 Euro verfügen. Eine digitale Währung macht solche Dystopien technisch möglich.

Das Scheitern dieser Politik war seit Jahren klar

Eine Senkung der Staatsausgaben gibt das Anreizsystem der politischen Ökonomie nicht her. Zusätzlich sind die Sozialausgaben ein Instrument zur Befriedung jener Gruppen, die strukturell bedingt langfristig von ihnen abhängen. Auch Wachstum in der Zukunft wird das gigantische Versprechen nicht bezahlen können. Die Ideologie der Zerstörung der Konsumgesellschaft steht dem im Weg. So ist die Preisentwicklung für Energie keine alleinige Folge des Ukrainekriegs. Vielmehr ist sie das Resultat des gegen Widersprüche imprägnierten Korridors der grünen Ideologie. Weltweit beugten sich Konzerne der Energiewirtschaft der Lobby der Ideologen. Das Angebot ist knapp, weil in den letzten Jahren willentlich und wissentlich Investitionen, Produktion und Transport fossiler Energieträger zurückgeschraubt wurden. Staatliche und private Finanzmarktakteure propagieren ESG-Kriterien für angeblich nachhaltiges Anlegen.

Seit dem 1. Oktober hat die EZB damit begonnen, auslaufende Unternehmensanleihen ihrer Ankaufprogramme nur noch in Unternehmen mit gutem „climate score“ zu investieren. Die Marktkapitalisierung von Apple ist 1,3-mal so hoch wie die aller amerikanischer Energieunternehmen zusammen. Zwischen 2012 und 2020 haben sich die Investitionen in Exploration und Förderung von Erdöl und Erdgas weltweit halbiert. Anfang Oktober verkündete der größte Rückversicherer, Munich Re, „nicht mehr in Verträge/Projekte, die ausschließlich Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb“ von Öl und Gasanlagen „[zu] investieren und diese auch nicht mehr [zu] versichern.“

Damit war Munich Re der letzte der „big four“ Rückversicherer – Scor, Swiss Re, Munich Re und Hannover Re –, der Öl und Gas aus seinem Portfolio verbannte. Aus Kohle sind die vier bereits zwischen 2017 und 2019 ausgestiegen.

Egal welche Krise, als Antwort der etablierten deutschen Parteien kommt stets ein „Weiter so!“ Als Antwort des Wählers ein: „Jawoll!“ mit zusammengeknallten Hacken. Aber es ist auch nicht nur ein Zusammenspiel von Wählern und Politik. Jeder, der in den letzten Jahren eine wichtige Position innehatte – egal ob in den Medien, der Wirtschaft oder eben der Politik –, musste so viele Kröten schlucken, so viel offensichtlich Irrationales gutheißen. So viele Widersprüche ignorieren. An Fakten und Analysen, die Widersprüche aufdecken, mangelte es nie. Wir haben es nicht mit einem Informationsproblem zu tun, sondern mit Ideologien und irrationalem Vertrauen in unhaltbare Versprechen. Seit 2000, 2010 oder 2011 hat sich an den Gesetzen der Physik jedoch nichts geändert. Natürlich war das Scheitern dieser Politik seit Jahren klar. Dennoch machte man weiter, allein weil man es konnte. Was ist denn auch schon passiert, trotz all der Unkenrufe? Finanzkrise, Eurokrise, Migrationskrise, Corona-Krise, Energie-Krise. Nichts!

ÄCHTUNG ALS EFFEKTIVES INSTRUMENT DER HERRSCHAFTSSICHERUNG

In Deutschland hat Opposition ihren Preis, einen hohen Preis. Jede Opposition wird reflexhaft als „rechts“ geframed und mit Gift und Galle bespuckt. Egal ob es inhaltlich Argumente gibt, die es wert sein könnten, diskutiert zu werden. Deutschlands Ideologiekult duldet keine Abweichler. Anders als bei unserem Nachbarn. Nigel Farage, Éric Zemmour oder Tucker Carlson hatten oder haben alle eine eigene Fernsehshow. Zu Nigel Farage

kommen Abgeordnete der Labour Party und diskutieren mit ihm. In Frankreich ist es gesetzlich festgeschrieben, dass alle Präsidentschaftskandidaten – auch solche mit Schwefelgeruch, Dreizack und gehörntem Haupt – wie Marine Le Pen, oder solche, die die Internationale singen, wie Jean-Luc Mélenchon, dieselbe Anzahl an Sendeminuten in TV und Radio erhalten. Bei Tucker Carlson saßen, neben Politikern der Republikaner, auch Kanye West und andere Persönlichkeiten der Unterhaltungsindustrie sowie Wissenschaftler, die sich gegen die Corona-Politik aussprachen. In Deutschland scheint hingegen Ächtung ein sehr effektives Instrument der Herrschaftssicherung zu sein. Anstelle des Zweifels tritt der bedingungslose Zusammenschluss für die angebliche „gute Sache“.

Das bedeutet, es ist keine Umkehr in Sicht. Der zentralplanerische Ausstieg aus fossilen Energieträgern ohne Alternative wird weiter vorangetrieben. Der Einkaufswagen rast, das Brett ist schmal und voller Steine, der Abgrund ist tief. Die Selbstinszenierung der Regierenden als Retter aus den selbst erzeugten Krisen bringt die Wählerstimmen der Oberflächlichen und Scheingebildeten, und die reichen allemal für irgendeine Koalition. Wer mit wem regiert, spielt mittlerweile eh keine Rolle mehr, denn im eng gesteckten Meinungskorridor gibt es nur eine Richtung. Und das bringt Macht und Einfluss für Politiker, Bürokraten und opportunistisch trainierte Interessengruppen. Die großwahn sinnige Erweiterung des neuen Kanzleramtes, der aufgeblähte deutsche Bundestag oder das Durchschnittsgehalt von Beamten einer demokratisch schwach legitimierten und kontrollierten EU sind optische Marker dieser sich selbst verstärkenden Anreize. Wir sitzen im Einkaufswagen, aber wir genießen zumindest den Fahrtwind.